

POLITIK

MANUEL BEWARDER UND PHILIP VOLKMANNSCHLUCK

Sie haben einen weiten Weg hinter sich, als die drei Japaner die Karl-Marx-Straße in Berlin-Neukölln erreichen. An einem Gemüsehändler biegen sie ab, vorbei an Tomaten und Brechbohnen stolpern sie in einen Hinterhof. Eigens aus Tokio sind sie angereist, um zu filmen, was hier in einer Mietwohnung passiert. Sie glauben, dass es wichtig ist für ihre ferne Heimat und gewissermaßen für die ganze Welt.

Die Japaner, ein Fernsichteam mit Dolmetscherin, sind im Januar für mehrere Wochen nach Berlin gekommen, um eine Dokumentation über die Piratenpartei zu drehen. Sie stammen aus einem Land, das durcheinandergeraten ist seit der Katastrophe im Kernkraftwerk Fukushima. Sie wundern sich, warum kaum junge Japaner in die Politik gehen, warum sie den autoritären Regierungsbetrieb ihres Landes nicht aufmischen, warum die Befürworter der Atomkraft in Japan so unerschütterlich an der Macht sind.

Die Piraten, so denken sie, werden Antworten geben, wie es anders laufen könnte.

Vielleicht waren die Japaner aber bereits zu spät dran. Der Höhenflug der Piraten war im Januar beendet. Krachend ging die Landtagswahl in Niedersachsen verloren. Noch keimte die Hoffnung, sich bis zur Bundestagswahl wieder aufzurappeln und über die fünf Prozent zu springen. Aber schon damals war klar: Für einen Wahlerfolg müsste ein Wunder geschehen. Und das passierte sogar, und zwar am 6. Juni.

An diesem Tag bricht der bisher wohl größte Datenskanal los. Edward Snowden enthüllt, dass sich Nachrichtendienste im weltweiten Datennetz nach Lust und Laune bedienen können, dass sie E-Mails mitlesen und das, was in sozialen Netzwerken wie Facebook passiert. Es ist eingetreten, wovon die Piraten immer gewarnt haben – so wie die Grünen vor einem GAU im Reaktor. So sieht es auch einer der umtriebigen Wahlkämpfer bei den Piraten, der Berliner Abgeordnete Christopher Lauer: „Hier findet gerade das Daten-Fukushima statt. Und wir sind die einzige Partei, die glaubhaft diesen Überwachungsblödsinn ablehnt.“

Tatsächlich hätte die Spähaffäre das Zeug, zum Fukushima der Piraten zu werden. Die Grünen profitierten politisch von der Atomkatastrophe in Japan und wurden zur Volkspartei, in Baden-Württemberg regieren sie sogar. Sind nach der Ökopartei nun die Nerds dran? Erleben wir eine Mini-Revolution?

Danach sieht es nicht aus. Auf den Straßen der Republik gibt es keine Dauerproteste. Die Menschen interessieren sich bislang kaum für das Abgreifen ihrer Daten. In der Öffentlichkeit tauchen nur selten Berichte über die Piraten und ihre Positionen in der Spähaffäre auf. In Umfragen dümpelt die Partei weiter bei meist drei Prozent herum – sie stehen wieder dort, wo sie schon 2009 waren.

Warum hört kaum jemand auf die Partei, bei der bereits der erste Satz im Grundsatzprogramm lautet: „Im Zuge der Digitalen Revolution aller Lebensbereiche sind trotz aller Lippenbekenntnisse die Würde und die Freiheit des Menschen in bisher ungeahnter Art und Weise gefährdet?“

Wo bleiben die Piraten, die zweifellos die meiste Sachkenntnis über das digitale Zeitalter versammeln? Stattdessen: Fast ein Dreivierteljahr lang fetzten sich führende Piraten in aller Öffentlichkeit und verpassten der Partei eine hässliche Fratze. Mittlerweile werden die Nachwuchspolitiker nur selten ernst genom-

men. Das ist schade. Denn wenn man in die Partei hineinklickt, hat man es mit Menschen zu tun, die ihre Freizeit opfern, um die Welt besser zu machen. Wer sie kennenlernen will, ist in der Neuköllner Wohnung mit dem japanischen Fernsichteam richtig.

Im Wohnzimmer stehen Bierkästen, Computer, alte Sofas. Mit ihren sauberen Pullovern und geschnittenen Haaren wirken die Japaner etwas fremd, so wie Herrschaften auf einer Safari im Busch. Sie filmen, was in der Wohnung von jungen Männern eben rumliegt: eine Rohrzange, die Figur des Yedi-Meisters Yoda.

„In Japan trinken Politiker viel Kaffee oder Tee“, sagt der japanische Kameramann. „Bei den Piraten trinken alle so viel Bier.“ Er sagt das mit der Faszination für eine fremde, aber interessante Spezies.

Auf dem Geisterschiff der Piraten

Die Ausspähaffäre ist das Daten-Fukushima. Doch warum bleibt die Generation Internet stumm? Ein Erfahrungsbericht

Sechs Piraten sind hier wie jede Woche zusammengekommen, um über die Zukunft des Geländes des stillgelegten Tempelhofer Flughafens zu beraten. Das Feld ist die größte Freifläche in einer europäischen Metropole. Ein Traum für Stadtplaner und Investoren, vor allem aber für die Bürger, die dort ein Gefühl erleben, was es kaum noch gibt in Großstädten: Platz für alle. Das Tempelhofer Feld ist für die Politik des gesamten Landes bedeutsam, es könnte eine Chance sein für tradierte Parteien zu zeigen, dass sie aus Stuttgart 21 und anderen Katastrophen gelernt haben: Bürger also rechtzeitig einbeziehen in Planungen. Rund um das Feld haben sich bereits zahlreiche Initiativen gegründet.

Doch die Arbeit der Piraten ist anders als jene dieser Initiativen. Sie ist gut über das Fernsehbild zu erklären, das die Japaner mitnehmen werden. In der Wohnung haben die Piraten eine Karte des Tempelhofer Feldes an die Wand projiziert, sie entwickeln eine Informationsseite im Internet, die zunächst mal eines leisten soll: Daten sammeln und sichtbar machen. Sie zeichnen die Pläne des Senats in die Karte ein, die Ideen der Bürgerinitiativen. Es ist aber auch möglich, eigene Vorschläge öffentlich zu teilen. Zwar sprechen sie auch über „Plugins“ und Technologien, aber wer einen Bastelkreis von Computereeks erwartet hat, wird enttäuscht. Hier geht es vor allem um das Tempelhofer Feld.

Ihre Position ist nicht die von Naturschützern, die am liebsten gar keine Veränderungen auf dem Feld wollen. Zwar sprechen sich die Piraten gegen einen Verkauf der Flächen aus, damit der Einfluss der Bürger auf die Gestaltung nicht schwindet. Wie diese Gestaltung aber aussehen soll, das geben sie eben nicht fest vor. Pläne und Nutzungen sollen demokratisch ermittelt werden und verän-

derbar bleiben. Wenn dafür ein Baum gefällt werden muss, dann sei es eben so. Wie eine solche Mitbestimmung genau funktionieren könnte, das ist eine Frage, die aus rechtlicher Sicht sogar für Verwaltungsjuristen eine harte Nuss ist. Man braucht einen langen Atem, muss sich um Details kümmern.

Lokale Politik ist eine verborgene Stärke der Nachwuchspolitiker, vielleicht sogar die wahre Stärke. Hier geht auch das Motto des sogenannten piratischen Mandates auf: „Wer macht, hat recht.“ In Berlin kümmern sich viele junge Menschen mit Idealismus und Geduld um Themen, die anderen Parteien vielleicht zu klein erscheinen. Auf Bezirksebene hat die Partei gute Chancen, sich zu etablieren.

Lange Haare, Kapuzenpulli, wache Augen – das ist Gregor Schröder, der Gastgeber für den Squad zum Tempelhofer

In einer basisdemokratischen Partei, in der der Vorstand nur verwaltet sein soll, zog der Vorstand alle öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Für Piratenarbeit wie die von Gregor Schröder und seinem Squad interessierte sich kaum noch jemand. Der Pirat arbeitet unterdessen geräuschlos an einem Radar für die gesamte Hauptstadt. Alle Schriftstücke und Antworten zu Anfragen in den Bezirken sollen hier auf einer Karte verortet und öffentlich abrufbar sein. Das ist konsequent, denn grundsätzlich sollen diese Dokumente öffentlich verfügbar sein. In den städtischen Datenbanken findet sich allerdings kaum ein Bürger zurecht. Die Piraten helfen. Und vielleicht sind einige in der Verwaltung darüber auch froh.

Es ist das, was ihre Arbeit gleichzeitig wertvoll, aber auch kompliziert macht:

Landes: Heinz Buschkowsky (SPD). Ein Mann, der eigentlich gerne die Öffentlichkeit sucht, zuletzt mit seinem polarisierenden Buch „Neukölln ist überall“. Das Rathaus in diesem Berliner Bezirk ist ein Bau mit geschwungenen Treppen und Säulen, doch die Tribüne für Besucher im Plenarsaal ist klein. Man rechnet hier offenbar nicht mit vielen Zuschauern. Die Piraten, darunter auch Gregor Schröder, sitzen eng zusammen.

Wer das beobachtet, sieht zwei Welten: das Grundeis der Verwaltungsbeamten, in diesem Berliner Bezirk seit Jahrzehnten von der SPD dominiert. Sie haben offensichtlich wenig Interesse daran, dass viele Menschen die Debatten hier verfolgen. Auch Medienmensch Buschkowsky nicht. Zwar zeichnet eine Kamera die Sitzung auf, doch veröffentlicht wird das Band nicht. Als schließlich

einfach nicht mehr ernst, diese Truppe, die sich in der Spitze monatlang nur mit sich selbst beschäftigt.

Politikwissenschaftler bilanzieren, die Partei werde noch immer als Streithaufen wahrgenommen. Hinzu kommt: Piraten wollen anders sein. Ihre Positionen können sie nicht kommunizieren, da sie sich den Strukturen etablierter Parteien verweigern. Und selbst im Wahlkampf rücken sie ihre bekannten Gesichter nicht in den Vordergrund.

Christopher Lauer sieht noch ein anderes Problem: „Es fehlt der Wille zur Macht“, erklärt der Berliner Pirat. „Wir bringen derzeit nicht glaubwürdig herüber, dass wir in den Bundestag wollen und dafür sogar bereit wären, uns an einer Regierung zu beteiligen.“

Unten, an der Basis, wird Gergor Schröder im Wahlkampf oft auch auf die NSA angesprochen. Er sagt dann, die Piraten hätten dazu eine klare Position und die auch schon oft mitgeteilt. Er hat mit seinen Mitstreitern einen Werbespot in Eigenregie gedreht, die Partei beauftragt keine Agenturen. Die politische Vision: Per Knopfdruck ändert sich in dem Filmchen das Licht in der Kuppel im Reichstag von Weiß in ein warmes Orange. Die Farbe der Piraten. Sie wollen eben nichts weniger, als die politische Kultur zu verändern.

Die Republik diskutiert über die Spähprogramme des US-Nachrichtendienstes NSA. Die schwarz-gelbe Regierung gerät in Erklärungsnot. Die Opposition aus SPD, Grünen und Linker mutiert zum uneingeschränkten Datenschutzbündnis und macht heftigste Vorwürfe. Doch anstatt mit Expertise zu überzeugen, haufen auch viele Piraten stumpf auf die Wahlkampffrommel. Deutschland sei ein „Überwachungsstaat“, die Kanzlerin „vertusche“ und wolle uns „an der Nase“ herumführen, der Bundesinnenminister und der Verfassungsschutzpräsident sollen selbstverständlich zurücktreten. Darunter geht's nicht. So heißt es in Pressemitteilungen. Die Piraten machen es sich damit einfach – obwohl sie doch eigentlich wissen, dass das Problem wesentlich komplizierter ist.

Es sind nur noch wenige Wochen bis zur Bundestagswahl, als die Piraten im Berliner Abgeordnetenhaus zu einer Kryptoparty einladen. Hier verzichtet man an diesem Abend auf Parteipolitik. Lieber bringt man den Menschen bei, wie sie ihre Kommunikation im Internet so verschlüsseln können, dass niemand mitliest.

Im dritten Geschoss drängen sich mehr als 50 Leute in einen Raum, manche müssen auf dem Fußboden sitzen. Auf den Laptops prangen Aufkleber mit Slogans wie „I am an info activist“, an der Wand hängen Bilder vom Parlament, aus der Zeit vor dem Mauerfall. Ganz vorn im Raum, im T-Shirt mit der Aufschrift „Hell yeah, it's rocket science“, sitzt Alexander Morlang, Piraten-Abgeordneter, Pferdeschwanz-Träger: „Als wir vor zehn Jahren über Kryptografie gesprochen haben, hieß es abfällig: Das machen doch nur Hacker.“ Mittlerweile sehe jedoch die ganze Welt: „Es ist sinnvoll und nötig, sich zu schützen.“ Die Piraten gründeten sich aus Notwehr. Netzaktivisten, die den digitalen Wandel in die große Politik bringen wollten. Doch bisher profitieren andere davon. „Piratenpartei“, dieses Wort spricht Morlang, der Verschlüsselungs-Experte, den ganzen Abend nicht aus. Es geht ihm um mehr als nur um eine Partei.

Die Dokumentation des japanischen Fernsichteam läuft inzwischen auf YouTube. Aber einen zweiten Teil wird es so schnell sicher nicht geben.



„Welt“-Autor Philip Volkmann-Schluck (r. u.) unter Piraten im Parlament von Berlin-Neukölln



Bild scannen und Video anschauen: Der Autor erzählt von seinem Piraten-Test

Wie das geht, lesen Sie auf Seite 1.

Feld. Was er zum Leben braucht, verdient er in zwei Jobs. Den Rest der Zeit steckt er in die Piratenpartei. Er hat weder ein Mandat noch ein Amt. „Es geht uns nicht um möglichst plakative Forderungen, die am Ende sowieso nicht eingehalten werden“, sagt Schröder.

Das ist ehrlich. Aber ist es vielleicht zu ehrlich, um damit in einem Bundestagswahlkampf punkten zu können?

Man kann es auch pragmatisch nennen. Pragmatismus ist jene Eigenschaft, die sich viele junge Erwachsene laut Umfragen selbst zuschreiben. Wahrscheinlich steckt auch hier ein Schlüssel für den Aufstieg der Partei, die erst 2006 gegründet wurde. Die Piraten verteuflern weder das Internet noch lieben sie es blind. Sie transportieren das Lebensgefühl einer Generation. In vier Landesparlamenten zogen die Piraten so nacheinander ein. Doch dann zerlegten sie sich in aller Öffentlichkeit selbst.

Schlachtfeld war vor allem der Bundesvorstand. Im Mittelpunkt der Fehden stand über Monate hinweg der politische Geschäftsführer Johannes Ponader. Mit großer Mehrheit wurde er im Frühjahr 2012 gewählt, auf dem Höhepunkt des Piraten-Hypes. Doch schnell wurde er zum Außenseiter im Gremium, akzeptierte Mehrheitsbeschlüsse nicht, machte nach Ansicht der anderen, was er wollte. Irgendwann kam heraus, dass Ponader eine Spendensammlung unter Piraten zugunsten seines Lebensunterhalts laufen ließ. Die Basis empörte sich und rief: Privileg! Parteichef Bernd Schlömer sagte Ponader sogar, er solle „mal arbeiten“ gehen. Die Parteiführung mutierte zum Kindergarten. Genervt von dem Dauerstreit rund um Ponader traten im Herbst schließlich zwei Vorstandsmitglieder zurück. Die Schlagzeilen waren vernichtend. Die Arbeit der anderen Piraten wurde überschattet.

Daten verfügbar zu machen ist eine diffusere Botschaft als etwa die Forderung, die Steuern zu senken. Dabei dürfte den Sinn solcher Projekte kaum jemand bestreiten: Sie könnten die Bürger mehr interessieren für politische Arbeit. Das erfordert Mut, denn wer Menschen wachrütteln will, wird auch mit unliebsamen Positionen konfrontiert.

Mit Johannes Ponader konnte die Öffentlichkeit nie besonders viel anfangen. Zu ungewöhnlich war sein Auftreten. In Talkshows saß er mit Sandalen herum und tippte auf sein Smartphone. Er berichtete, er lebe polyamant, liebe also mehrere, die auch mehrere Partner hätten. Ponader hat ein Einser-Abitur – aber bezog Hilfe vom Staat. Was bei anderen für Verwunderung sorgte, gefiel den meisten Piraten zunächst. Doch irgendwann im Winter, nachdem der Streit über ihn kein Ende zu nehmen schien, die Piraten bei einer Zustimmung von zwei Prozent in den Umfragen angekommen waren, eskalierte die Situation. In einer Mitgliederbefragung strafte mehr als die Hälfte der Teilnehmer den Geschäftsführer mit der Note 6 ab. Verstrahlter Spinner, Clown, Selbstdarsteller – so lauteten noch die milderen Urteile. Ponader trat zurück.

Die Partei hoffte Anfang des Jahres wieder: Sollte nun wieder alles gut werden? Sollten die Piraten doch noch den versprochenen „frischen Wind“ in die Politik bringen?

Die Basispiraten haben Popcorn mitgebracht ins Rathaus Neukölln. Die Bezirksversammlung tagt, geleitet von dem wohl bekanntesten Bezirkspolitiker des

der Vorsitzende zwischen den Redebeiträgen die Fußballergebnisse des Abends vorträgt, wird der Graben noch sichtbarer, der hier verläuft. Die Piraten kennen das Ergebnis natürlich längst, sie haben es auf ihren Computern, Tablets und Handys gelesen. Was sie an diesem Abend machen, ist vor allem eines: Sie dokumentieren die Sitzung bei Twitter, sie dokumentieren, auf welchem Niveau hier debattiert wird.

Auf der Tagesordnung stehen „Wohnungsmangel und steigende Mieten“. Eine SPD-Abgeordnete erinnert daran, dass die Sozialdemokraten sich bereits in der Weimarer Republik für „bezahlbaren Wohnraum“ eingesetzt hätten. Ein Abgeordneter ruft, dass die SPD in der Weimarer Republik aber auch einiges versäumt hätte. Worauf ein SPD-Politiker in Richtung der Linken sagt, sie sollten erst mal ihre SED-Vergangenheit aufarbeiten.

Es ist ungeniert, wie die politische Mehrheit in der Bezirksversammlung hier ein Thema blockiert, und die Piraten glauben, dass das auch möglich ist, weil die Öffentlichkeit nicht zuschauen kann. Also setzen sie sich dafür ein, dass die Versammlung im Internet übertragen wird. Eine kleine Forderung, die womöglich viel ändern könnte.

Doch die Piraten haben es damit bisher nicht geschafft, sich in der Politik zu etablieren. Seit dem Bundestag im Frühjahr ist die Selbstzerfleischung zwar zu Ende. Selbst der Vorstand arbeitet mittlerweile wieder geräuschlos. Aber die Piraten kommen einfach nicht mehr nach oben. An ihnen klebt das Ponader-Problem: Viele Menschen nehmen sie

ANZEIGE

Konjunkturfürhling im Euroland? Klingt nach der perfekten Jahreszeit für mein Investment.

Investieren Sie in den 5-Sterne-Fonds DWS Invest Top Euroland.

Die europäische Staatsschuldenkrise ist noch nicht bewältigt. Aber die Talsohle scheint erreicht und das Klima beginnt sich aufzuhehlen. Seien Sie dabei, wenn Euroland wieder auf den Wachstumspfad zurückkehrt: Mit dem DWS Invest Top Euroland – ausgezeichnet mit 5 Sternen von Morningstar™ *****

» www.DWS.de

GELD GEHÖRT ZUR NR. 1

* Die DWS/IFM AMM Gruppe ist nach verwaltetem Fondsvermögen der größte deutsche Anbieter von Wertpapier-Publikumsfonds. Quelle: BVI, Stand: Juni 2013. Die Verkaufsprospekte mit Risikohinweisen und die wesentlichen Anlegerinformationen sowie weitere Informationen erhalten Sie kostenlos bei der Deutsche Asset & Wealth Management Investment GmbH, 60612 Frankfurt am Main. Laufende Kosten p. a.: (Stand: 31.12.12) 1,87% zzgl. 0,190% erfolgsbez. Vergütung aus Wertpapierliche Entgelten. Das Sondervermögen weist aufgrund seiner Zusammensetzung/der vom Fondsmanagement verwendeten Techniken eine erhöhte Volatilität auf, d. h. die Anteilspreise können auch innerhalb kurzer Zeiträume stärkeren Schwankungen nach unten oder nach oben unterworfen sein. Mindestens 75% des Teilfondsvermögens werden in Aktien von Emittenten mit Sitz in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EUWU) investiert. © (2013) Morningstar Inc. Stand: Ende Juli 2013. Alle Rechte vorbehalten. Die hierin enthaltenen Informationen 1. sind für Morningstar und/oder ihre Inhalte-Anbieter urheberrechtlich geschützt; 2. dürfen nicht vervielfältigt oder verbreitet werden; und 3. deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wird nicht garantiert. Weder Morningstar noch deren Inhalte-Anbieter sind verantwortlich für etwaige Schäden oder Verluste, die aus der Verwendung dieser Informationen entstehen. Die Wertentwicklungen in der Vergangenheit sind keine Garantie für zukünftige Ergebnisse. Quelle: www.morningstar.de